Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Stellungnahme
17/3134

A09, A14

Prof. Dr. Daniel Zerbin

Schriftliche Stellungnahme für den
Innenausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen

Bezug:

- „Klarheit über die Kriminalitätsentwicklung schaffen – Nordrhein-Westfalen braucht einen Periodischen Sicherheitsbericht (Drucksache 17/9363 vom 19.05.2020)

Zu dem oben genannten Antrag wird wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Fraktion der SPD vom 19.05.2020 befasst sich mit der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Bei dieser Erhebung handelt es sich um Daten von Tatverdächtigen, die auf der Ebene des Landes und des Bundes generiert werden. Die Fraktion der SPD kritisiert die Singularität und die nicht umfassende Aussagekraft der PKS. Es wird in Abrede gestellt, dass diese Statistik ein „vollständiges Bild über die innere Sicherheit und Kriminalitätsentwicklung" zeige (Drucksache 17/9363 vom 19.05.2020, S. 1). Begründet wird dies u.a. mit Hinweis auf die Dunkelfeldproblematik. Aufgrund verschiedener Ursachen finde nach Auffassung der SPD-Fraktion ein Teil der begangenen Delinquenz in Deutschland keine Berücksichtigung in der Statistik. Diese Taten seien daher nicht im Hellfeld der Statistik berücksichtigt, sondern befänden sich im Dunkelfeld der Anonymität. Die Corona-Pandemie, so folgert der Antrag weiter, begünstige die Verschiebung von Teilen der Delinquenz vom Hell- in das Dunkelfeld. Um die beschriebene Herausforderung zu lösen bzw. zu verbessern, sieht der Antrag es als zwingend geboten an, einen „Periodischen Sicherheitsbericht" erstellen zu lassen (Drucksache 17/9363 vom 19.05.2020, S. 1). Dieser Sicherheitsbericht soll zumindest einmal pro Legislaturperiode erstellt werden und durch Bezugnahme von weiteren Datenquellen und Fachexpertisen ein umfassenderes Bild als bisher liefern. Damit verspricht man sich eine nachhaltige und faktenbasierte Kriminalitätspolitik (vgl. Drucksache 17/9363 vom 19.05.2020, S. 2/3).

Bewertung

Insgesamt betrachtet kann der Antrag der Fraktion der SPD als gelungen angesehen werden. Die Problematik, mittels der PKS kein aussagekräftiges kriminalistisches Lagebild für den Bund und das Land NRW genieren zu können, ist folgerichtig dargestellt worden.[1] Der Analyse und den entsprechenden Folgerungen daraus ist kaum noch etwas hinzuzufügen. Der im Antrag forcierte periodische Sicherheitsbericht könnte in der Tat einen signifikanten Beitrag leisten, die Lagefeststellung im Bereich der Delinquenz zu erleichtern.[2] An dieser Stelle sollen aber trotzdem noch einige Aspekte genauer beleuchtet werden.

Richtigerweise wird im Antrag der Fraktion der SPD darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Periodischen Sicherheitsberichts die Effizienz staatlicher Maßnahmen gegen Kriminalität im repressiven und präventiven Bereich untersucht werden sollte (Drucksache 17/9363 vom 19.05.2020, S. 3 Nr. 6). Kriminalität hat neben erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden auch weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen: Im Zuge des Gesellschaftsvertrages gibt der Bürger sein natürliches Recht auf Rache an den Staat ab. Dieser ist im Gegenzug verpflichtet, dem Individuum Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Funktioniert dieses Prinzip nicht, kann ein gesellschaftliches System gestört werden. Im Idealfall entsteht Kriminalität gar nicht erst. Befindet sich ein signifikanter Teil der Delinquenz im Dunkelfeld, bleibt dieser unbekannt und eine effiziente Prävention hat keine Chance. Eine weitere Aufhellung des relativen Dunkelfeldes[3] mittels entsprechender Forschung, wie beispielsweise in einem standardisierten und periodischen Bericht, ist daher zu begrüßen.

Im Antrag der SPD-Fraktion wird ebenfalls gefordert, in dem einzuführenden Periodischen Sicherheitsbericht die tat- und täterzentrierte orientierte Darstellung der Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken zu Gunsten einer stärkeren Opferperspektive zu überwinden. Ergänzt werden soll dieser Paradigmenwechsel um Analysen zum subjektiven Sicherheitsgefühl (Drucksache 17/9363 vom 19.05.2020, S. 3 Nr. 5). Dieser Vorschlag ist innovativ und beson-

---

[1] Neben der Veränderung im delinquenten Verhalten der Gesellschaft sind weitere Faktoren für eine Ab- oder Zunahme der Fallzahlen in der PKS verantwortlich. So beeinflussen das Anzeigeverhalten, die polizeiliche Kontrollintensität, die Änderung der statistischen Erfassung sowie die Änderung des Strafrechts maßgeblich die Daten in der Statistik (vgl. PKS 2019 Bd.1, S.6).

[2] Bereits in den Jahren 2001 u. 2006 gab es auf der Ebene des Bundes entsprechende Sicherheitsberichte, die umfassend die Delinquenz zusätzlich zur PKS erörterten (vgl. Bundesministerium des Inneren/ Bundesministerium der Justiz (2001/ 2006): Erster u. Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht).

[3] Relatives Dunkelfeld: Straftaten, die durch eine entsprechende Forschung (Dunkelfeldforschung) sichtbar gemacht werden können (s. Anl.).

ders begrüßenswert. Tat und Täter lösen in menschlichen Gesellschaften teilweise eine diabolische Faszination aus. Die viktimologische Perspektive findet bei der Betrachtung von Kriminalität nicht häufig genug Beachtung. Gerade die Opferseite ist aber eine wichtige Komponente, um Kriminalität präventiv und repressiv entgegentreten zu können.

Um die anspruchsvollen Erwartungen an den Periodische Sicherheitsbericht erfüllen zu können, soll dieser von einem unabhängigen Sachverständigenrat aus Vertretern von Wissenschaft, Justiz, des Landeskriminalamtes sowie von IT. NRW, erstellt werden (Drucksache 17/9363 vom 19.05.2020, S. 3 Nr. 8). Dieser Aspekt des Antrages ist ebenfalls sinnvoll und wichtig. Hier liegt allerdings die Problematik darin, ein möglichst geeignetes und objektives Gremium zu finden. ‚Fake News' und ‚Alternative Fakten' liegen teilweise im Auge des Betrachters: Menschen konstruieren ihre Wahrheiten, und ideologische Perspektiven spielen dabei eine maßgebliche Rolle. Der Antrag der Fraktion der SPD verspricht sich mit dem Periodischen Sicherheitsbericht „Verschwörungstheorien, Falschmeldungen und ‚Fake News'" entgegen zu treten (Drucksache 17/9363 vom 19.05.2020, S. 1). Was ist aber die Folge, wenn Forschungen zur Erstellung des Sicherheitsberichts nicht die Erwartungen der Politischen Korrektheit erfüllt und beispielweise eine signifikant höhere kriminelle Belastung von deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund beweisen würde?

Staatliche Behörden und auch die Wissenschaft sind nicht frei von politischer Beeinflussung und ideologischen Modeerscheinungen. Daten und Fakten können unterschiedlich ausgelegt und im eigenen Sinne interpretiert werden. Dieses Phänomen haben symptomatisch die Ereignisse der Silvesternacht 2015/ 2016 auf der Kölner Domplatte und anderen Städten gezeigt. „Plötzlich meldeten Polizei und Presse Vorkommnisse in Verbindung mit ‚Flüchtlingen' und ‚Asylbewerbern', die zuvor unter ein selbst auferlegtes Schweigegebot fielen" (Sohn 2019, S. 174). Was für Vertreter der Polizei in Köln galt, ist auch für Mitarbeiter des Landeskriminalamtes in Düsseldorf nicht auszuschließen. Auch bei einem möglichen Sicherheitsbericht wirkt Druck auf den Beamtenapparat eine entsprechende Erwartungshaltung der politischen Führung zu erfüllen. Leider ist die Wissenschaft ebenfalls nicht frei davon, sich gegenüber bestimmten ideologischen Strömungen konform zu verhalten. Insbesondere der aus der Studentenbewegung der 1968er Jahre entstandenen sogenannten „Kritischen Kriminologie" ist es gelungen im Bereich der Kriminalwissenschaften mit ihren Theorien und Perspektiven (z.B. dem „labeling approach") größere Verbreitung und Akzeptanz zu erlangen. „[...] Auf der anderen Seite ist der Etikettierungsansatz für das Verhältnis von Kriminalisierungsprozessen umso bedeutsamer"

(Kunz & Singelnstein 2016 S. 175). Problematisch bei der sogenannten Kritischen Kriminologie ist jedoch, dass sie selbst „Schwierigkeiten mit einer selbstkritischen Betrachtung ihrer Methoden, Prämissen und Interpretationen“ hat (Sohn 2019, S. 182).

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass der Antrag der Fraktion der SPD vom 19.05.2020 gut begründet ist und mit Einführung eines Periodischen Sicherheitsberichtes ein wichtiger Schritt zur besseren Beurteilung der Delinquenz in Nordrhein-Westfalen geleistet werden könnte. Um Probleme in den unterschiedlichen Deliktsfeldern klar analysieren und anschließend effizient entgegentreten zu können, bedarf es zwingend eines Gremiums, welches nach objektiven Maßstäben arbeitet und frei von politischer Beeinflussung ist. Dies zu gewährleisten stellt die entsprechende Herausforderung in der Umsetzung dieses Antrages dar.

Im Original gezeichnet

Hannover, 17.10.2020

Literatur

Bundeskriminalamt (2020): Polizeiliche Kriminalstatistik Deutschland 2019: Bd. 1. file:///C:/Users/user/AppData/Local/Temp/pks2019Jahrbuch1Faelle.pdf, abgerufen am 17.10.2020.

Bundesministerium des Inneren/ Bundesministerium der Justiz (2001): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/PeriodischerSicherheitsbericht/psb01Lang.html?nn=28302, abgerufen am 17.10.2020.

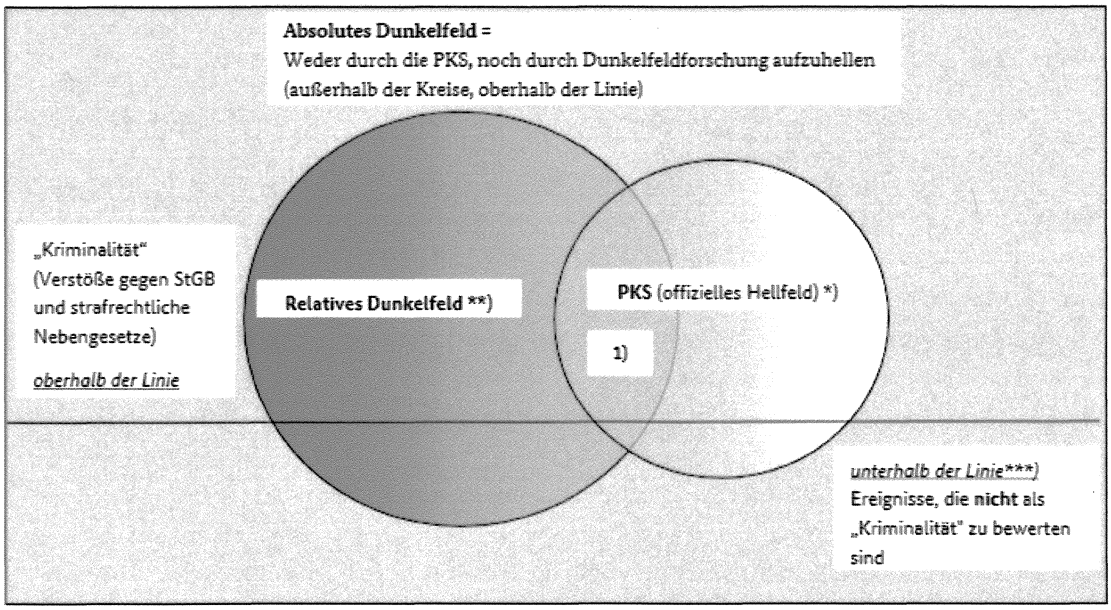
Bundesministerium des Inneren/ Bundesministerium der Justiz (2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/PeriodischerSicherheitsbericht/psb02Lang.html?nn=28302, abgerufen am 17.10.2020.

Kunz, K.-L. & Singelnstein, T. (2016): Kriminologie: eine Grundlegung. 7. Aufl. Haupt Verlag, Bern.

Sohn, W. (2019): Ausländerkriminalität, Rechtsextremismus, Krawall: eine Kritik der politisierten Kriminologie. Böckelmann, F. (Hrsg.). Manuscriptum, Lüdinghausen/ Berlin.

Anlage 1

Bild Nr.1: Dunkel- und Hellfeld (Quelle: PKS 2019 Bd.1, S.6)



1) Die Schnittmenge zwischen relativem Dunkelfeld und PKS sind angezeigte und polizeilich registrierte sowie in Dunkelfeldstudien berichtete Straftaten.

*) Angezeigte und registrierte, nicht in Dunkelfeldstudien erfasste Kriminalität (z.B. „opferlose" Straftaten, Straftaten gegen z.B. Reisende, Kinder oder Randgruppen, vollendete Tötungsdelikte).

**) Z.B. durch Crime Surveys aufgehelltes Dunkelfeld.

***) Hier werden Ereignisse wiedergegeben, die strafrechtlich nicht als Kriminalität bewertet, aber von Befragten als Kriminalität berichtet bzw. von der Polizei (PKS) als Kriminalität erfasst wurden.